

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Jenny Michler**,
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 21. Juni 1919. Nr. 258.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 22. bis 28. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 38 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis ist unverändert.

Fettabgabe. In der Woche vom 22. bis 28. d.M. wird wieder die velle Wochenfettquote von 12 dkg Fettprodukten per Person und zwar amerikanischer Speck zur Ausgabe gelangen, so dass auch die Fettkartenabschnitte für nichttrayeniertes Fett zur Einköpfung kommen. Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden pro Person 12 dkg Salzspeck gegen Abtrennung des R Abschnittes Nr. 145 und der beiden Abschnitte Nr. 145 für nichttrayeniertes Fett der Fettkarte sowie Durchlechung der Ziffer 49 der gelben Mehlbezugskarte ausgegeben. 12 dkg Salzspeck kosten K 3.60. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugscheinen erhalten die Fettquote bei der Verschleisstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Kartoffelabgabe. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden im 1., 8., 9., 18., 19. und 21. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg für den Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte Scund T der Kartoffelkarte.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Samstag, 21. Juni 1919. Nr. 259.

Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Der Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hielt Mittwoch, unter dem Vorsitz des Präsidenten Kainz seine 7. Vollversammlung ab. In seiner Rede betonte der Vorsitzende, dass der Kreditverein nur den einen Wunsch habe, dass er von allen Neuerungen und von der neuen Staatsform das erhalte, das für Handel und Gewerbe Ruhe und Arbeit schaffe. Der Vorstand des Kreditvereines Richard Pilz erstattete den Bericht über die Geschäftsergebnisse und über den Jahresabschluss für das 7. Geschäftsjahr des Vereines. Mit Rücksicht auf die geänderten Geldverhältnisse entschloss sich der Ausschuss die Erhöhung der Maximalkreditsumme von 60.000 auf 100.000 Kronen vorzunehmen. Der Gesamtumsatz des Vereines hat die Summe von 492 Millionen Kronen überschritten. Als Reinertragnis ergibt sich die Summe von 55.336 Kronen, wobei das verhältnismässig geringe Mass der Steigerung gegenüber dem Vorjahre nicht zuletzt dadurch beeinflusst wurde, dass der Verein/im Berichtsjahre gezeichneten Nominale von 100.000 Kronen VIII. Oesterr. Staatsschatzscheine in der Bilanz zum Kurse von 75 aufgenommen hat. Da die beiden Reservefonds des Vereines ohne die diesjährigen Zuweisungen 307.614 Kronen betragen, werden satzungsgemäss aus dem Ertragnisse 50 % der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien überwiesen. Der Vorstand dankt dem Gemeinderat der Stadt Wien für die bewiesene Förderung und dem Referenten des Kreditvereines im Gemeinderate, dem gewesenen VB. Rain, der den auf die Förderung des Gewerbestandes gerichteten Bestrebungen des Vereines in seinem Wirkungskreise jederzeit seine wertvolle Förderung und Unterstützung angedeihen liess. Die hierauf folgenden Wahlen und die beantragten Satzungsänderungen werden vereinbarungsgemäss durchgeführt. Die Berichte über die Bilanz und die Geschäftsabwicklung des Vereines werden genehmigend zur Kenntnis genommen. Mit einem Danke

des Vorsitzenden an das Präsidium des Gemeinderates und an den Gemeinderat, sowie an die Direktion der Zentralsparkasse und den Beamten des Kreditvereines für ihre Unterstützung und Arbeit im Interesse des Vereines wird die Versammlung geschlossen.

Titelverleihung. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung dem Stadtarchitekten Johann Scheidinger anlässlich seiner Pensionierung in Würdigung seiner Verdienste bei der Schaffung zahlreicher Hochbauten der Stadt Wien, den Titel „Städtischer Baurat“ verliehen.

Vom städtischen Uhrenmuseum. Im Stadtrate berichtete StR. Josef Müller über die Erhöhung der Versicherungssumme für das städtische Uhrenmuseum. Nach einem Antrage des Magistrates wird sie mit 550.000 Kronen festgesetzt, wozu der Referent bemerkt, dass er diesen Betrag auf 1 Million Kronen erhöhen möchte, da der Liebhaberwert des Museums 2 Millionen Kronen betrage. StR. Breuer unterstützte den Antrag, weil im Uhrenmuseum tatsächlich besonders historische Werke sich befinden. Der Referentenantrag wurde angenommen.

Billigeres Sauerkraut. Bei der Abgabe von Sauerkraut in der kommenden Woche, die ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte erfolgt, wird der Kleihandelspreis auf 70 h für das kg herabgesetzt.

Marmeladeabgabe. Donnerstag, 26. d.M. beginnt die nächste Ausgabe von Marmelade. Sie erfolgt an die Buchstaben der Haushaltungen A bis G, Sch Donnerstag, 26., H bis L, St Freitag, 27., M bis R Samstag 28. und S bis Z Sonntag, 29. d.M. und Montag 30. Vom 1. Juli an wird an alle Haushalte ohne Unterschied Marmelade abgegeben. Für jede Person des Haushaltes ist 1 kg Marmelade auszufolgen. Zubussen an Kinder und Schwerarbeiter werden nicht gegeben. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorweisung des Einkaufsscheines, aber ohne Abtrennung eines Abschnittes von diesem. An einen Bezugsberechtigten darf auf einmal nicht mehr Marmelade ausgegeben werden, als der Zahl der Haushaltungsangehörigen unter Berücksichtigung der Kopfquote von 1 kg entspricht. Es ist jedoch erlaubt, an einen anderen Tagen neuerlich Marmelade bis zum obigen Höchstausmass zu verkaufen. Der Verkauf von Marmelade ist nur den behördlich bewilligten Abgabestellen gestattet, die die vorgeschriebenen Höchstpreise genauest einzuhalten haben.

Die Beratungen über den Haushalt der Gemeinde Wien. Der Gemeindevertretung steht eine arbeitsreiche Woche bevor. Montag, Dienstag und Mittwoch wird der Stadtrat sich mit den Beratungen des Voranschlages für das nächste Verwaltungsjahr, das ist für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920. Die Sitzungen des Gemeinderates der nächsten Woche, die am Donnerstag, Freitag, Samstag und Montag, 30. d.M. stattfinden, werden ebenfalls das Budget der Gemeinde zum Gegenstande der Verhandlungen haben. - Ein Exposé über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1919/20 liegt der heutigen Korrespondenz bei.

Wiener Rathaus-Korrespondenz
I., RATHAUS
Herausgeber FRANZ MICHEU

Absage der Gastwirtegehilfenversammlung.

.....
Nachdem am Freitag den 20. d.M. die Volkshalle für die
Beerdigungsfeier der Opfer vom vorigen Sonntag benötigt
wird, unterbleibt die für diesen Tag dasselbet angesagte
Versammlung der Gastwirtegehilfen.

.....

(Schluss zu: „Der Vorschlag im Stadtrat.“)

Zur Frage der Bedeckung des Defizites führte der Referent folgendes aus: Es wäre kleinlicher Fiskalismus und nicht zu verantworten, wenn man nun s unternehmen wollte durch neuen Einnahmen 400 Millionen Kronen herbeizuschaffen. Im Budget sind tatsächlich sehr bedeutende Posten, die den Charakter des Vorübergehenden tragen und die auch nur als solche überhaupt hingenommen werden können. Wenn wir Jahr für Jahr solche Summen für Arbeitslosenunterstützung ausgeben müssten, wäre eine ein Wirtschaftsebenen und eine soziale Ordnung an und für sich undenkbar. Angesichts dessen lässt es sich wohl verantworten einen gewissen Teil des Defizites auf die Zukunft zu legen, wenn auch nicht gerade auf die Kindeskinder, so doch auf eine ruhigere Zeit, in der es klar geworden ist, unter welchen Verhältnissen wir unser Leben einzurichten. Aber ein ebenso schwerer Fehler wäre es bezüglich des ganzen Defizites so vorzugehen, denn dann kann man mit mathematischer Gewissheit vorausberechnen, in welchem Augenblick der Gemeindebankrott eintreten wird. Die Bevölkerung muss sich darüber klar werden, dass es einfach in der Unmöglichkeit ist, zu verlangen, dass die Stadt Wien ihre Angestellten besser bezahlt, dass sie grosse kostspielige Bauten aufführt, die kein Erträgnis abwerfen, dass sie in den Spitälern und Versorgungsanstalten gewaltige Mehraufwendungen für Kost und Beheizung auf sich nimmt und auf der anderen Seite jedwede Mehreinnahme zu verweigern. Dieses „unterschiedlich kann weder unsere noch irgendeine andere Partei zustande bringen und wenn es scheinbar beim Staate geht, so ist dies nur deshalb möglich, weil die Banknotenpresse Tag und Nacht arbeitet, was uns allerdings von Stunde zu Stunde dem Staatsbankrott näher bringt und worin eine der Ursachen der furchtbaren Geldentwertung ist zu suchen ist, die das Gemeindebudget gleichfalls zerrümpelt. Selbst wenn uns ein soolches Hilfsmittel zu Gebote stünde, könnte ich nur von dessen Anwendung mit aller erdenklichen Entschiedenheit abraten. Die schlechte Lage der Gemeindefinanzen ist ja schon lange kein Geheimnis mehr und es war dies mit einer der Ursachen, weshalb wir mit solchem Nachdruck darauf beharrt haben, wenigstens die Gemeindebetriebe finanziell in Ordnung zu bringen. Jetzt wird wohl auch die Minderheit, die damals immer davon gesprochen hat, man möge das Defizit der Strassenbahn und der Gaswerke auf die Zukunft legen, zugeben müssen, dass unmöglich ist, wir hätten sonst heute ein Defizit von nahezu 700 Millionen Kronen. Sind wir augenblicklich so, wie wir die Gehäl-

ter und Löhne für den 1. August beschaffen sollen, so hätten wir dann die unbedingte Gewissheit, es überhaupt nicht zu vermögen und es würden jetzt schon Stockungen mit unabwehrbaren Folgen sich ergeben.

Wir haben in den letzten Wochen reiflich erforscht, wo irgend etwas herauszuholen ist, es würde die Lustberkeitssteuer scharf in die Höhe gesetzt, die Totalsteuerssteuer verdoppelt, wegen gemeinsamer Einführung einer Automobilsteuer wurde mit dem Lande in Fühlung getreten, die Erhöhung der Markt-, Schlachthaus- und Lagerhausgebühren sowie die Revision der Bekleidertarife ist im Zuge. All das mag im besten Falle 20 Millionen Kronen bringen, kann uns aber nicht helfen. Und so ist es nur natürlich, wenn der Magistrat schliesslich jenes Mittel vorschlägt, dass nur in der Zeit der höchsten Not - Wien war gewiss noch nie in grösserer Not als gegenwärtig - benutzt wurde, die Erhöhung der Zinse. Es ist die Pflicht des Magistrates objektiv seine Vorschläge zu erstatten und es schien auch ganz angebracht, dass die Bevölkerung zunächst von einer Seite, die ganz frei von Parteipolitik ist, zu hören bekommt, wie die Dinge eigentlich stehen und welches letzte Hilfsmittel angewendet werden soll. Es ist ausser aller Frage, dass es heute in Wien nichts unpopulärer geben kann, als eine Steigerung der Mietzinsse und dass darin die Gefahr einer neuen Teuerungswelle liegt. Das Mieterschutzgesetz, das als sozialdemokratische Errungenschaft ins Leben getreten ist, hat wie kann eine andere gesetzliche Bestimmung in Denken und Fühlen der Bevölkerung unzerstörbare Wurzeln gefasst. Es ist der Gedanke gar nicht mehr vorstellbar, dass irgendjemand, der seinen Zins pünktlich bezahlt und sich auch sonst, was Wohnungsbenützung anbelangt, einwandfrei verhält, durch die Willkür des Hausherrn obdachlos gemacht werden könnte. Und ebenso ist sich die Bevölkerung darüber klar, dass bei dem absoluten Wohnungsmangel die Mieten zweifellos ebenso ins Ungemessene gestiegen wären wie Lebensmittel oder Kleider und dass wir heute die Zinse um das Fünf- oder Zehnfache gesteigert hätten, wenn kein Mieterschutzgesetz bestünde. Auf der anderen Seite aber steht die Tatsache, dass durch die Einnahmsquellen der Gemeinde einfach zugeschnürt wurden. Während z.B. die Einkommensteuer im Frieden in Wien 34 Millionen Kronen ausmachte und bis zum Vorjahre auf 140 Millionen Kronen stieg, weisen die Steuern aus den Mietzinsen keine nennenswerte Veränderung. Dabei sind nun zwei Dinge zu beachten. Es hat sich jenes Verhältnis, dass seit jeher zwischen den gesamten Einnahmen und dem Wohnungsaufwand bestand und das innerhalb gewisser Grenzen in der ganzen Welt besteht durch die Miets-

schonveränderung vollkommen verschoben. Ein Arbeiter, der vor dem Kriege 2000 Kronen Einkommen hatte, zahlte 500 bis 600 Kronen Miete, also 15 bis 22 % seines Einkommens. Bei den ganz grossen Wohnungen und bei den ganz grossen Einkommen war die Quote etwa 10%, und immer in Wien etwas höher als in anderen Grossstädten, weil Wien nie eine auf wirkliche Produktion von Wohnungen gerichtete Kommunalpolitik sondern nur Hausherrnschutz hatte. Gegenwärtig sind nun die Einkommen der Arbeiter, soweit sie wirklich Beschäftigung haben auf 8 bis 10.000 Kronen, bei manchen Kategorien sogar darüber hinaus gestiegen. Der Zins aber ist gleich geblieben, so dass der Aufwand für Wohnungen nicht mehr 15 bis 20 % sondern nur etwa 5 % ausmacht. Es ist dies ein Verhältnis, wie es weder in Deutschland der Fall ist, noch zumindest vor dem Kriege in Amerika, England und Frankreich war. Damit im Zusammenhang steht aber noch eine andere äusserst wichtige Sache. Die Herstellungskosten eines Hauses sind ganz ungeheuer gestiegen. Selbst wenn ein Abbau der gegenwärtigen phantastischen Preise eintritt, so ist doch eine Wiederkehr des Niveaus von 1913 nicht mehr zu erwarten. Das bedeutet mit anderen Worten, dass auf eine private Bautätigkeit nach menschlichem Ermessen gar nicht zu rechnen ist. Man wird fassungslos stammeln, wenn man erfährt, dass die Bauten auf dem Margarethengürtel, bei welchen die Gemeinde den verloreneren Bausaufwand trägt und deren Beauftragung sie streng überwacht, die Herstellungskosten einer ganz regulärer Verzinsung und Amortisation eine Jahreszins von 8000 Kronen erfordert werden müsse. Eine solche Wohnung hat im Frieden höchstens 1000 Kronen gekostet. Die Gemeinde Wien wird jetzt für die genannten Wohnungen 1200 Kronen verlangen können. Allesübrige muss Jahr aus Jahr ein aus Steuergeldern gezahlt werden. Wenn nun auch für Neubauten das Mieterschutzgesetz nicht gilt, so ist es doch gewiss, dass kein Privatmann unter diesen Verhältnissen bauen wird. Er kann selbst trotz der grössten Wohnungsmot einen solchen Zins nicht erlangen und wüsste vor allem nicht, wie die Dinge in 3, 5 oder 10 Jahren liegen, ob da nicht durch eine starke Abwanderung ein Ueberfluss an Wohnungen wenn auch nicht an gesunden und hygienischen herrschen wird. Es ist ein Stück des sozialen Gemeindeprogrammes, die wirtschaftliche Entwicklung zwingt förmlich dazu, den Wohnungsbau als Aufgabe der Gemeinde zu betrachten. Es ist aber nun nicht möglich, von einer Kategorie der Bewohner äusserst hohe Zinse zu verlangen, das würde entweder zur Folge haben, dass sich alle Löhne nahe dieser Minderheit richten und die anderen daraus unverdienten Nutzen ziehen, oder aber dass dieser Teil schon von vornherein in einer weit schlechteren wirtschaftlichen Lage wäre, als jene

anderen Bewohner der Stadt, die noch aus der Friedenszeit Unterkunft besitzen. Es muss also eine Angleichung der Zinse stattfinden und das ist nur möglich, wenn auf irgendeine Weise, die nötigen Mittel beschafft werden. Losgelöst vom Defizit ist es gewiss verständig, dass die Menschen, die den billigeren Mietzins bezahlen, dazu beitragen, dass Wohnungen für die übrigen geschaffen werden. Es ist keine Zukunftsfrage, sondern ein durchsichtiges Programm, es sind doch im vorliegenden Budget für Wohnungsbauteilen dieser Art 50 Millionen Kronen eingestellt. So zwingend es nun von jedem Standpunkt aus erscheint, für neue Einnahmsquellen zu sorgen, so ist es doch sehr zu erwägen, ob der unmittelbare Augenblick hierzu geeignet ist. Wir haben in den letzten Wochen in Form von Tarifserhöhungen sehr schwere Lasten auf die Bevölkerung gelegt, in die sie sich noch nicht völlig hineingefunden hat. Es fehlt uns überdies jede Gewissheit über unser Schicksal. Sollte es bei den Friedensbedingungen bleiben, die uns zuerst auferlegt wurden, dann ist es zwarlich nötig, sich mit Steuerprojekten den Kopf zu zerbrechen, denn dann sind wir rettungslos zum Zusammenbruche verurteilt. Und dem allgemeinen wird sich auch die Stadt Wien nicht entziehen können. Wir müssen also auch in dieser Beziehung/erst einmal klar sehen und wollen uns hüten, jene begreifliche tiefe Erbitterung, mit der die Wiener erfüllt sind, noch weiter zu steigern. Es wird aber auch notwendige ein, dass mit Staat und Land grundsätzliche Vereinbarungen über die Teilung der Steuerquellen getroffen werden. Mit dem gegenwärtigen chaotischen System kann keine vernünftige Wirtschaft getrieben werden. Es mangelt uns aber auch an verlässlichen Statistiken über die Verteilung der Zinse. Nach ihrer Höhe. Was an Hilfsmaterial vorhanden ist, besteht lediglich aus einer älteren Statistik des Wohnungsamtes, die allerdings auf die Wiener Wohnungsverhältnisse ein düsteres Licht wirft. Denn von den 550.000 damals gezählten Wohnungen entfallen 75 % auf Kleinwohnungen. Daraus muss man schliessen, dass auch die Masse der Zinse in diese Kategorie fällt und dass es nicht gut möglich ist, bei der Mietsteuer die Kleinwohnungen auszunutzen. Das selbe gilt von den 108.000 Geschäftslokalen. ~~Man~~ Ehe man nun bei ~~günstigen~~ ^{diesen} Verhältnissen eine so einschneidende Massnahme trifft, müssen doch die Unterlagen vorhanden sein, dann wird es sich zeigen, ob es nicht noch gelingt zu einer Staffellung zu kommen, die für die Masse der Bevölkerung dann doch erträglich erscheint. Fest steht meiner Ueberzeugung nach folgendes: Von einer Aufhebung des Mieterschutzgesetzes kann keine Rede sein. Kommt es zu einer ~~Minder~~ ^{Massen} Mietsteuer, so muss dieselbe der Gemeinde zu fliessen und der Hausherr darf keinen wie immer gearteten Aufschlag machen. Die Sätze müssen bei den kleineren Woh-

nungen bescheiden sein und starker Progression selbst bis zu 100 % die Reichen treffen. Heute können wir nur einen Standpunkt einnehmen, dass neue Einnahmsquellen geschaffen werden müssen, wenn die Gemeinde nicht bankrott werden will und dass wir uns aber doch zunächst, wenn auch nur vorübergehend und bis zur Klärung der ganzen Situation mit einer Aufnahme von Geldern behelfen müssen. Gewiss ist auch hierfür der Zeitpunkt sehr ungeeignet, die österreichischen Kriegsanleihen werden zu einem Kurse von 50 gehandelt und die ungarischen notieren mit 35 Kronen. Die politische Atmosphäre ist schwül. Dass da nun angesichts eines Budget mit einem Defizit von 400 Millionen keine Neigung zu einer Anleihenoperation besteht, ist verständlich. Es wird dies ein Grund mehr für uns sein müssen, äusserste Sparsamkeit walten zu lassen und schliesslich jene Folgerungen aus Zwangslage zu ziehen, die die jetzige Majorität in der Gemeindeverwaltung gewiss an aller wenigstens zu verantworten hat, sondern die das Ergebnis des unseligen Weltkrieges ist.